

Jürgen Wagner

Zeitenwende Aufrüstung

Deutschland und das endgültige Ende der Kultur militärischer Zurückhaltung

Von einer „Zeitenwende“ sprach Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung zum Ukraine-Krieg am 27. Februar 2022. Und in der Tat übersteigt das, was er darin ankündigte, alles, was bis kürzlich auch nur ansatzweise für möglich gehalten worden wäre. Der russische Angriff auf die Ukraine ebnet so auch den Weg für tiefgreifende Maßnahmen, insbesondere was die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr anbelangt. Damit sollen Voraussetzungen geschaffen werden, um ein militarisiertes Deutschland in den sich immer weiter verschärfenden Großmachtkonflikten in Stellung zu bringen.

Von Kalten Krieg zur neuen Großmacht Konkurrenz

Bekanntlich begann die Umstrukturierung der Bundeswehr weg von Großverbänden, die gegen die Sowjetunion gerichtet waren, und hin zu Einheiten für Interventionskriege im Globalen Süden bereits Anfang der 1990er Jahre. Militäreinsätze der Bundeswehr wurden wieder hoffähig. Das war zuerst der Fall, als sich die Bundesrepublik am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 beteiligte und setzte sich ab 2001 beim Krieg in Afghanistan fort. Allerdings stieß besonders der seit 2006 immer stärker eskalierende Krieg in Afghanistan auf eine wachsende Skepsis in der Bevölkerung gegenüber Auslandsinterventionen, teilweise auch bei Teilen der Eliten. Als Resultat fand sich im schwarz-gelben Koalitionsvertrag des Jahres 2009 der Passus, Deutschland werde sich in Militärfragen von einer „Kultur der Zurückhaltung“ leiten lassen. Höhepunkt dieser Entwicklung war die deutsche Ablehnung, sich am NATO-Angriffskrieg gegen Libyen 2011 zu beteiligen, was in großen Teilen der sicherheitspolitischen EntscheidungsträgerInnen Schockwellen auslöste.

Es folgte das Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“, mit dem diese Scharte ausgewetzt werden sollte. Es versammelte unter der Leitung der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und des „German Marshall Fund“ zwischen November 2012 und September 2013 etwa 50 VertreterInnen des sicherheitspolitischen Establishments. Die Botschaft des schließlich veröffentlichten gleichnamigen Papiers lautete: Deutschland müsse künftig seinem ökonomischen Gewicht entsprechend auch militärisch mehr Verantwortung in der Welt übernehmen und die Kultur der militärischen Zurückhaltung abstreifen. Der damalige Leiter des German Marshall Fund, Thomas Kleine-Brockhoff, wechselte aus dem Projekt den Job und wurde neuer Leiter der Stabsstelle Planung und Reden des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck. Insofern verwundert es auch nicht, dass dessen denkwürdiger Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014 alle Kernbotschaften und teils sogar wortwörtlich Teile aus

dem Abschlussbericht des Projektes „Neue Macht – Neue Verantwortung“ übernahm.

Von da an spitzten sich auch die Konflikte mit Russland immer weiter zu, so dass das Weißbuch der Bundeswehr dann 2016 mit Blick auf Russland wieder eine Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung forderte (allerdings bei Beibehaltung der Fähigkeiten für Interventionen im Globalen Süden). Es folgte die neue Konzeption der Bundeswehr im Juli 2018 mit dem Kernpunkt, die Bundeswehr müsse wieder Großverbände aufstellen. Diese Vorgabe wurde im September 2018 mit dem Fähigkeitsprofil der Bundeswehr präzisiert, das vorsah, bis 2023 eine voll ausgestattete schwere Brigade (ca. 5.000 SoldatInnen), bis 2027 eine Division (15.000 – 20.000 SoldatInnen) und bis 2032 drei Divisionen in die NATO einzuspeisen.¹

Agenda Rüstung

Dem angesichts der aktuellen Eskalation besonders häufig und bewusst erweckten Eindruck, die Bundeswehr sei in den letzten Jahren und Jahrzehnten systematisch kaputtgespart worden, muss entschieden widersprochen werden. Er ist auch das Ergebnis einer überaus effektiv orchestrierten Kampagne, die unter dem Titel „Agenda Rüstung“ noch unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen im Jahr 2014 initiiert wurde.

Sie begann mit einer im Februar 2014 in Auftrag gegebenen Untersuchung der Bundeswehr-Großprojekte, deren Ergebnisse im Oktober 2014 in Form des Gutachtens „Bestandsaufnahme und Risikoanalyse zentraler Rüstungsprojekte“ präsentiert wurden. Das Gutachten kam zu einem geradezu vernichtenden Urteil. Es wurde von der damaligen Staatssekretärin für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung, Katrin Suder, folgendermaßen zusammengefasst: „Waffensysteme kommen um Jahre zu spät, Milliarden teurer als geplant – und dann funktionieren sie oft nicht richtig oder haben Mängel.“ Auch von der Leyen selbst richtete eine erstaunlich deutliche Kritik an die Adresse der Rüstungsunternehmen: „Wir wollen nicht für Fehler bezahlen, die die Industrie gemacht hat.“ Nach solch starken Worten sahen viele Kommentatoren von der Leyen auf „Konfrontationskurs zur Rüstungsindustrie“ (Süddeutsche Zeitung). Die Verteidigungsministerin wolle „mit aller Härte den Rüstungssektor neu ordnen“ (Die Welt) und „bei der Rüstungsbeschaffung aufräumen“ (Wirtschaftswoche).²

Es folgte der erste Bericht zu Rüstungsangelegenheiten aus dem Jahr 2015, dessen Aufgabe es war, die Defizite im Beschaffungswesen offenzulegen. Darin hieß es, die untersuchten Rüstungsprojekte wiesen eine durchschnittliche Verspätung von 51 Monaten auf und lägen insgesamt 12,9 Mrd. Euro über dem ursprünglich geplanten Preis. Trotz aller Beteuerungen mehrerer folgender VerteidigungsministerInnen kam es in den Folgejahren aber offenbar zu keinen

¹ Kleiß, Alexander u.a.: Konzeption der Bundeswehr. Rüstung für den Neuen Kalten Krieg, in: Ausdruck (Hrg. IMI e.V.), Juni 2018, S. 1 – 4.

² Zit. bei: Wagner, Jürgen: Agenda Rüstung, in: Wissenschaft & Frieden 2015, H. 4.

„Verbesserungen“ (sofern eine effizientere Beschaffung von Waffen als solche bezeichnet werden kann). Im nunmehr 14. Bericht zu Rüstungsangelegenheiten vom Dezember 2021 werden die Verspätungen mit 52 Monaten angegeben, und die Kostensteigerungen summieren sich auf 13,8 Mrd. Euro.³

Es ist also nicht gelungen – oder es war nie gewollt –, die Rüstungsindustrie stärker an die Kandare zu nehmen. Was aber gelang, war, im Zuge der Agenda Rüstung aus dem chronisch ineffizienten (und korrupten) Beschaffungswesen ein Argument zu zimmern, dass die Bundeswehr noch mehr Geld benötige. Die eigentliche Botschaft der Agenda Rüstung war angekommen und in der Presse setzte unmittelbar ein, was man als „Schrotthaufen-Debatte“ bezeichnen könnte. Einige Presseschnipsel dazu unmittelbar nach Veröffentlichung des Gutachtens über die Rüstungsindustrie im Oktober 2014: „So Schrott ist die Bundeswehr“ (Bild), die Truppe sei nichts anderes als „stahlgewordener Pazifismus“ (Die Zeit) und das ganze Problem existiere vor allem, da die Bundeswehr seit Jahren „chronisch unterfinanziert“ sei (Deutschlandfunk).⁴ Damit war ein gewisser Nährboden geschaffen, um die Akzeptanz für eine Erhöhung der Rüstungsausgaben in der damals demgegenüber mehrheitlich eher kritisch eingestellten Bevölkerung zu vergrößern.

Chronisch unterfinanziert?

Es war im Übrigen nicht so, als hätte die Bundeswehr vor Beginn der Agenda Rüstung allzu sehr darben müssen: Der Militärhaushalt stieg nämlich von (umgerechnet) rund 24 Mrd. Euro im Jahr 2000 bereits deutlich auf etwa 32,5 Mrd. Euro im Jahr 2014. Er lag damit auch drastisch über dem eigentlich verbindlich vereinbarten Sparziel vom Juni 2010. Damals war festgelegt worden, alle Ressorts müssten bis 2014 insgesamt 81,6 Mrd. Euro einsparen und die Bundeswehr solle dazu 8,3 Mrd. beitragen. Gemäß dem daran angelehnten Bundeswehrplan sollte der Rüstungshaushalt bis 2014 auf 27,6 Mrd. Euro reduziert werden – ein Beschluss, der augenscheinlich rasch wieder einkassiert wurde. Allerdings zog seither das Ausmaß der Etatsteigerungen noch einmal deutlich an: über 34,3 Mrd. (2016) und 38,5 Mrd. (2018) erreichte das Budget schließlich 46,9 Mrd. (2021). Für 2022 waren ursprünglich 50,3 Mrd. Euro geplant. Auch ohne die jüngste Finanzspritze von 100 Mrd. Euro ist es also absurd, wenn sich Heeresinspekteur Alfons Mais hinstellte und argumentierte, die Truppe stehe wegen Geldmangels „blank“ da. Die Bundeswehr ist eindeutig kein Fall für den Geldhahn, sondern für den Rechnungshof.

Jedenfalls übernahm die Ampel-Koalition in ihrem Koalitionsvertrag vom November 2021 die gegenüber der NATO im Fähigkeitsprofil gemachten kostspieligen Zusagen, schwere Großverbände bereitzustellen: „Die NATO-Fähigkeitsziele wollen wir in enger Abstimmung mit unseren Partnern erfüllen

³ Die Rüstungsberichte finden sich unter: <https://www.bmvg.de/de/themen/ruestung/ruestungsmanagement/ruestungsbericht>.

⁴ Zit. bei Wagner 2015.

und entsprechend investieren.“ Noch Anfang Februar 2022 klappte aber zwischen dem, was das Finanzministerium im Finanzplan bis 2026 für die Bundeswehr vorgesehen hatte und dem, was das Verteidigungsministerium zu benötigen meinte, um die NATO-Fähigkeitsziele umsetzen zu können, eine gewaltige Lücke – eine rund 38 Mrd. Euro große Lücke, um genau zu sein. Denn vor allem bei den Planungen für die Haushalte nach 2022 gingen die Vorstellungen von Finanz- und Verteidigungsministerium ganz erheblich auseinander, wie die Oldenburger Zeitung am 12. Februar 2022 berichtete: „Danach benötigt die Bundeswehr im Jahr 2023 statt der vom Finanzministerium bislang in der mittelfristigen Planung vorgesehenen 47,3 Milliarden Euro 53,7 Milliarden Euro. Dieses Delta wächst jährlich: 2024 werden statt 47,1 Milliarden Euro 55,4 gebraucht, 2025 57,2 statt 46,7 Milliarden. Und 2026 beträgt der Bedarf statt 46,7 stolze 59,1 Milliarden Euro. Der Fehlbetrag summiert sich insgesamt auf 37,6 Milliarden Euro. [...] In einer ersten Reaktion hatte das Finanzministerium die Forderungen zurückgewiesen.“

Allerdings ging dann Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner offenbar nur mit einem kleinen Kreis abgestimmten Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 noch weit über das hinaus, was sich die Bundeswehr in ihren kühnsten Träumen erhoffen konnte. Auch wenn Scholz eine ganze Reihe von Punkten ansprach, erhielten seine Ankündigungen zum künftigen Verteidigungsetat zu Recht die meiste Aufmerksamkeit: „Bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät, mehr Personal – das kostet viel Geld. Wir werden dafür ein Sondervermögen ‚Bundeswehr‘ einrichten“, so der Kanzler in seiner Regierungserklärung. „Der Bundeshaushalt 2022 wird dieses Sondervermögen einmalig mit 100 Milliarden Euro ausstatten. Die Mittel werden wir für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben nutzen.“

Dieses Geld wird in diesem Jahr über eine Kreditaufnahme bereitgestellt und dann über die kommenden Jahre verteilt, was es ermöglichen soll, ab 2023 wieder die Schuldenbremse einzuhalten. Um das ansonsten rechtlich auf wackligen Beinen stehende Sondervermögen zusätzlich gegen etwaige Klagen abzuschern, soll es außerdem im Grundgesetz verankert werden.

Gleichzeitig machte Scholz in seiner Regierungserklärung mit Blick auf die Bundeswehr noch eine zweite wichtige Ankündigung: „Wir werden von nun an – Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren.“ Laut Statista belief sich das deutsche Bruttosozialprodukt im Jahr 2021 auf 3.570 Mrd. Euro, wäre für ihn bereits die Scholz'sche Formel angewandt worden, hätte sich der Militärhaushalt statt der tatsächlich eingestellten 46,9 Mrd. Euro also auf mindestens 71,4 Mrd. Euro belaufen müssen.

Unklar war lange, ob das Sondervermögen zu diesem Betrag „on top“ hinzukommen würde, wie es sich unter anderem die Verteidigungsministerin gewünscht hatte.⁵ Wenigstens dies scheint aber nicht der Fall zu sein: Gemäß der

⁵ „Noch höhere Forderungen von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) erteilte Lindner allerdings eine Absage. Nach Handelsblatt-Informationen hatte sie sogar Verteidigungs-

am 16. März 2022 vom Kabinett beschlossenen Eckwerte des Bundeshaushaltes bleibt es für dieses Jahr bei den geplanten 50,3 Mrd. Euro, bis 2026 soll der reguläre Verteidigungshaushalt danach bei 50,1 Mrd. jährlich eingefroren werden (allerdings sind die Planungen ab 2023 nicht verbindlich). Die sich hier ergebende Lücke zu 2 Prozent des BIP soll über das Sondervermögen geschlossen werden. Einiges ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch unklar, etwa ob für das 2 Prozent-Ziel der offizielle Haushalt oder die der NATO übermittelten Zahlen herangezogen werden sollen. Die liegen deutlich höher, weil darin einige versteckten Kosten (allerdings auch nicht alle) mit enthalten sind (2021: 46,9 Mrd. (offiziell) vs. 53,1 Mrd. (NATO-Kriterien)).

Auch die Frage, ob das Sondervermögen bereits ab 2022 oder erst später auf die Jahre verteilt wird, ist noch unbeantwortet. Geht man von einem Beginn in diesem Jahr aus, legen Berechnungen aus dem Haus der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik (DGAP) allerdings nahe, dass das Sondervermögen schon 2025 ganz oder weitgehend aufgebraucht sein dürfte. Ein Militärhaushalt von 2 Prozent des BIP müsste im Jahr 2026 laut Schätzungen der DGAP rund 85 Mrd. Euro umfassen, er müsste also gegenüber den jetzigen Eckwerte-Planungen um eine Größenordnung von rund 35 Mrd. angehoben werden – und das dann mutmaßlich unter Beachtung der „Schwarzen Null“, das heißt auf Kosten massiver Einsparungen in anderen Haushalten.⁶

Cui bono?

Nach gegenwärtigem Stand dürften die Beträge aus dem Sondervermögen fast ausschließlich in Rüstungsinvestitionen fließen. Das bedeutet, dass sich die Gelder für den Posten „Militärische Beschaffungen“ von 8,7 Mrd. Euro (2021) wohl mehr als verdreifachen werden. Auch wenn Verteidigungsministerin Christine Lambrecht noch so bemüht betont, man werde dieses Geld verantwortungsvoll und sorgfältig investieren, kann doch niemand ernsthaft glauben, dass die Bundeswehr in der Lage sein wird, derartige Summen in solch einem Tempo „sinnvoll“ absorbieren zu können.

Wer von all dem nicht zuletzt profitiert, liegt auf der Hand. Die Aktienkurse der Rüstungsunternehmen schossen unmittelbar nach dem russischen Angriff durch die Decke.⁷ Vor allem die deutschen Panzerbauer wittern ein riesiges Geschäft und waren schnell dabei, ihre Angebotslisten zu präsentieren. Schon Ende Februar war im Handelsblatt (28.2.2022) zu lesen: „Der Rheinmetall-Konzern hat

ausgaben von rund 75 Milliarden Euro pro Jahr aus dem regulären Haushalt gefordert, plus das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro.“ (Handelsblatt, 14.3.2022)

⁶ Mölling, Christian/Schütz, Torben: Deutschlands Zeitenwende in Verteidigungsausgaben, DGAP, 3.3.2022.

⁷ „Wo Krieg ist, finden sich immer die Profiteure des Mordens und Abschlachtens. Entgegen dem Kursverfall in den ersten Kriegstagen profitierten die Händler des Todes vom Krieg in der Ukraine: Die Aktie von Krauss-Maffei Wegmann stieg innerhalb eines einzigen Tages um 3,6 Prozent, die von Hensoldt um 5,1 Prozent, Airbus um 6,5 Prozent und Rheinmetall um sieben Prozent.“ („Bellizistische Kehrtwende ist unvorstellbar“, junge Welt, 2.3.2022).

der Bundesregierung am Montag eine umfassende Lieferung von Rüstungsgütern angeboten. Das Paket umfasse unter anderem Munition, Hubschrauber sowie Ketten- und Radpanzer, sagte Vorstandschef Armin Papperger dem Handelsblatt. Das gesamte Volumen summiert sich seinen Angaben zufolge auf 42 Milliarden Euro.“ Das wollten die panzerbauenden KollegInnen von KMW wohl nicht auf sich sitzen lassen und unterbreiteten ihrerseits dem Verteidigungsministerium ein Angebot: „Wir haben auf Anfrage des Verteidigungsministeriums eine Liste mit möglichen Projekten im Volumen von bis zu 20 Milliarden Euro eingereicht. Unser Vorschlag umfasst den Puma, die Aufrüstung des Leopard II, das Artillerie-System RCH 155 sowie ein System im Kampf gegen Schützenradfahrzeuge auf Basis des Boxer mit dem Turm aus dem bestehenden Puma-Angebot.“ (Merkur, 13.3.2022).

Schon länger soll eine Liste mit geplanten Rüstungsprojekten zirkulieren, von denen 68 Mrd. Euro nationale und 34 Mrd. Euro länderübergreifende Beschaffungsvorhaben seien. Als Kosten werden neue Eurofighter mit 15 Mrd. veranschlagt, die US-Kampffjets F-35 könnten rund 7 Mrd. kosten. Ein neuer schwerer Transporthubschrauber wird auf 5,193 Mrd. Euro beziffert; zudem soll allein Munition im Wert von 20 Mrd. Euro soll angeschafft werden. Weiter wären da noch 3 Mrd. Euro für die Digitalisierung der Kommunikationssysteme, zwei Milliarden für möglicherweise neue Korvetten, und 600 Millionen kostet die Modernisierung des Patriot-Luftabwehrsystems. Multinationale Beschaffungen könnten ein neues Artilleriesystem (mit Großbritannien), eine neue Fregatte und Luftlandeplattformen (Niederlande), neue U-Boote (Norwegen) und natürlich das Luftkampfsystem FCAS (Frankreich/Spanien) sowie der Kampfpanzer MGCS (Frankreich) sein (Capital, 2.3.2022).

Zeitenwende zur Militarisierung?

Doch nicht nur was die Finanzen anbelangt, handelt es sich bei der Rede von Olaf Scholz um eine Zeitenwende. Im Handstreich räumte der Kanzler gleich eine ganze Reihe bislang durchaus noch strittiger Themen ab – so zum Beispiel die bis dahin ungeklärte Frage der Nachfolge der alternden Tornado-Kampfflugzeuge.

Sie war vor allem umstritten, weil es hier auch um die in Deutschland im Rahmen der Nuklearen Teilhabe lagernden US-Atomwaffen geht. Nachdem lange die F-18 als Favoritin galt, legte Scholz per Kanzlerrede im letzten Satz seiner Regierungserklärung neue Prioritäten fest. Diese Entscheidung wurde dann am 15. März 2022 auch offiziell bestätigt: Es sollen nun 35 F-35 für die Nukleare Teilhabe und weitere 15 Eurofighter für die Elektronische Kampfführung angeschafft werden, gleichzeitig gab Scholz mehr oder weniger eine Baugarantie für das zusammen mit Frankreich geplante viele Milliarden teure Flugkampfsystem FCAS ab.

Auch die schlussendlich im April endgültig beschlossene und zuvor noch heftig umstrittene Bewaffnung der Heron-TP-Drohnen wurde von Scholz in seiner Rede angekündigt. Ganz nebenbei bekräftigte Scholz auch das in der mittelfristi-

gen Personalplanung der Bundeswehr ausgegebene Ziel, die Truppe von gegenwärtig ca. 180.000 SoldatInnen auf 203.000 aufzustocken – auch dies war zuvor in der Ampel-Koalition noch hitzig debattiert worden. Dies machte dann auch den Weg für die Ende März erfolgte Ankündigung frei, die erste voll ausgestattete – „kaltstartfähige“ – Bundeswehr-Division solle nun bereits 2025 in die NATO eingespeist werden. Allerdings hat die Bundeswehr schon jetzt Probleme, die Ränge aufzufüllen. Hierfür sei es erforderlich, von den tauglichen und überhaupt grundsätzlich für den Dienst an der Waffe aufgeschlossenen Jugendlichen aus jedem Jahrgang ein Viertel für sich zu gewinnen, hieß es schon vor Jahren unter Berufung auf interne Bundeswehr-Papiere (Spiegel Online 27.1.2019). Für die anvisierte Aufstockung der Bundeswehr werden also massive Rekrutierungsanstrengungen in ganz anderen Dimensionen erforderlich sein als dies bislang der Fall – auch das dürfte zu einer deutliche Militarisierung des Alltags durch omnipräsente Werbemaßnahmen der Truppe führen.

Inwiefern dies alles etwas mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu tun hat, darf gefragt werden. Insbesondere was die Finanzen anbelangt, belieben sich die NATO-Militärausgaben im Jahr 2021 auf 1.174 Mrd. Dollar (NATO-Angaben), die von Russland auf 62,2 Mrd. Dollar (Military Balance). Die NATO-Militärausgaben sind also heute bereits rund 19-mal höher als die Russlands, verhindern konnte dies den Krieg in der Ukraine nicht und es ist auch nicht ersichtlich, weshalb dies anders gewesen wäre, hätte das Verhältnis 25 oder 30 zu eins betragen. Was sich mit der deutschen Zeitenwende aber in jedem Fall ändert, ist die Stellung Deutschlands in Europa, das nun ganz im Sinne des Projekts „Neue Macht – Neue Verantwortung“ nicht nur politisch und ökonomisch, sondern auch militärisch eine Führungsrolle übernimmt.

Obwohl sich also Scholz mit seinen Ankündigungen durchaus in schlechter Kontinuität zu diesen seit Jahren gehegten machtpolitischen Ambitionen befindet, nimmt das Ganze unter ihm nun eine völlig neue Dimension an, wie militär- und rüstungsnahe Kreise jubelnd feststellen: „Damit vollzog ausgerechnet die aus Sozialdemokraten, Grünen und Freien Demokraten zusammengesetzte Berliner Ampel-Koalition die größte Kehrtwende in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges. Zugleich warf sie mit den direkten Waffenlieferungen an eine Kriegspartei auch die bisherige ‚Kultur der militärischen Zurückhaltung‘ kurzerhand über Bord, die bis dahin die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland geprägt hatte. Diese ‚Kultur‘ erreichte 2011 ihren Tiefpunkt, als die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geführte Koalition aus CDU/CSU und FDP sich nicht an der NATO-Mission zur Durchsetzung einer Flugverbotszone über Libyen beteiligte, die auf der Grundlage der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates verhängt worden war.“ (Europäische Sicherheit & Technik, 30.3.2022)